



Aktivisten demonstrieren am 16.09.2016 vor dem UN-Gebäude in Genf (Foto: ICT)

Kritik an Chinas Tibet-Politik im UN-Menschenrechtsrat

Während der 33. Session des UN-Menschenrechtsrats in Genf übten mehrere westliche Staaten Kritik an der Menschenrechtspolitik Chinas und speziell der Situation in Tibet.

Der Repräsentant der Slowakei, der für die Europäische Union sprach, kritisierte die Restriktionen in der Religionsausübung sowohl in China wie auch in Tibet. Dem stimmte der Delegierte der USA zu und sprach seine Besorgnis aus über die steten „Einengungen gegen die Zivilgesellschaft“.

Die Delegierten von Frankreich, Deutschland und Grossbritanniens beklagten speziell die Belästigungen gegen politische Aktivisten und Rechtsanwälte, und die mangelnde Religionsfreiheit. Der deutsche Delegierte prangerte auch die Belästigung der Familienangehörigen von Aktivisten an.

China entgegnete, man solle seine „nationale Souveränität und territoriale Integrität“ respektieren, sowie mit dem „Zurschaustellen“ Chinas und der Anwendung „doppelter Standards“ aufhören.

Quelle: *International Campaign for Tibet*